DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.	**Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages**
A.1.	**Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.**
ÄA.1.57.	**Änderungsantrag zu A.1.**
Einreicher*in:	Osmani Aldama, Klaus Bartl, Thomas Michaelis, Sören Pellmann, Susanne Schaper

---

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 2800 - 2807.

„Wir wollen für die Lausitz im Rahmen des Strukturwandelprozesses das Pilotprojekt eines personell, räumlich und zeitlich begrenzten Grundeinkommens starten. Damit wollen wir – insbesondere im Kultur- und Bildungsbereich – eine zusätzliche Chance eröffnen, auch ungewöhnliche Ideen auszuprobieren und zur Projektreife zu führen. Gleichzeitig leisten wir dadurch einen Beitrag für die gesamtgesellschaftliche Debatte zum Bedingungslosen Grundeinkommen und zur Gewinnung von konkreten Erkenntnissen über Auswirkungen auf soziale Strukturwandelprozesse sowie auf bestehende Sozialsysteme."

Begründung:

Durch die personelle, räumliche und zeitliche Begrenzung des Grundeinkommens werden Personengruppen in Sachsen von einem solchen ausgeschlossen, die nicht weniger unter dem unwürdigen Hartz-IV-System leiden als Menschen, die von dem Strukturwandel in der Lausitz betroffen sind. Ziel müsse es vielmehr sein, den Menschen echte Perspektiven für die Zukunft der Lausitz zu bieten. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen stärkt zwar das individuelle Wohlbefinden der Betroffenen, führt ihnen aber gleichzeitig vor Augen, dass wir als LINKE keine Antwort auf die Digitalisierung, den Strukturwandel und damit verbundene Zunahme der Arbeitslosigkeit haben.

Zudem gilt zu bedenken, dass unter den jetzigen gesetzlichen Voraussetzungen ein Modellprojekt zum Bedingungslosen Grundeinkommen nur die eines neoliberalen Modells sein kann, welches den Sozialstaat verdrängt. Die jetzige Sozialgesetzgebung schließt den Bezug mehrerer Einkommen kategorisch aus. Wer demnach ein BGE bezieht, kann nicht gleichzeitig andere Sozialleistungen in Anspruch nehmen, es sei denn, das BGE liegt unter der Einkommensgrenze für gewisse Sozialleistungen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____